

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 16.01.2024

Antragsteller: Stadtvertretung/Fraktionen
/Beiräte
Bearbeiter/in: CDU/FDP-Fraktion
Telefon: (03 85) 5 45 29 52

Antrag Drucksache Nr.

01084/2024

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle möglichen Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einführung einer Bezahlkarte zu ergreifen, um Bargeldauszahlungen an Asylbewerber zu ersetzen. Der Oberbürgermeister soll zudem auf die Landesregierung zugehen, damit diese die Bemühungen zur Einführung einer Bezahlkarte unterstützt, indem sie zum einen eine verbende und koordinierende Rolle einnimmt und sich zum anderen an den Entwicklungs- und Installationskosten beteiligt.

Begründung

Bund und Länder haben sich auf die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber geeinigt. Anstatt Bargeld sollen Asylbewerber eine Karte mit einem Guthaben für Einkäufe und Dienstleistungen erhalten können. Damit soll der Anreiz sinken, überhaupt nach Deutschland zu kommen. Außerdem soll vermieden werden, dass Asylbewerber das Geld, das für den Lebensunterhalt vorgesehen ist, in ihre Heimatländer schicken. Der thüringische Landkreis Greiz hat eine solche Karte schon zum 01.12.2023 eingeführt und die Ausgabe der Karten läuft. Auch in Hamburg, Bayern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt gibt es Beschlüsse bzw. sogar schon Ausschreibungen mit dem Ziel der zeitnahen Einführung solcher Bezahlkarten.

Um Zustimmung wird gebeten.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

☐ ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

☐ nein

Anlagen:

keine

gez. Gert Rudolf
Fraktionsvorsitzender